

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Daimler-Benz AG - EG-Agrarpolitik -
Autobahngebühren - US-Handelsgesetz - UNCTAD VII**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1987) : Kurz kommentiert: Daimler-Benz AG - EG-Agrarpolitik - Autobahngebühren - US-Handelsgesetz - UNCTAD VII, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 8, pp. 377-378

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136303>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Daimler-Benz AG

Ansiedlungsprämie gekürzt

Der Wettbewerb zwischen den Gemeinden bzw. Bundesländern um die Ansiedlung von Industriebetrieben hat nicht unerheblich zur Ausuferung des Subventionsunwesens in der Bundesrepublik beigetragen. Potentielle Standorte wetteifern miteinander um die Gunst der Unternehmen, indem sie sich gegenseitig in der Gewährung von Vergünstigungen für ansiedlungswillige Unternehmen überbieten. Meist werden diese Subventionen vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen, indem sie als Grundstückserschließungsmaßnahmen deklariert oder in besonders niedrigen Grundstückspreisen versteckt werden.

In einem besonders drastischen Fall hat die EG-Kommission die Beteiligten jetzt zum Rückzug gezwungen. Die Landesregierung von Baden-Württemberg, deren wirtschaftspolitisches Handeln oft in scharfem Gegensatz zum ordnungspolitischen Credo der sie tragenden Partei steht, wollte ursprünglich der Daimler-Benz AG, einem der reichsten deutschen Unternehmen, für die Grundstücksaufbereitung bei der Errichtung eines neuen Montagewerkes in Rastatt eine Förderung in Höhe von 160 Mill. DM zukommen lassen. Dank des Widerstandes aus Brüssel soll der Zuschuß jetzt auf 122 Mill. DM verringert werden. Läßt man den darin enthaltenen Betrag für ökologische Maßnahmen, die in der ursprünglichen Summe noch nicht berücksichtigt waren, außer Betracht, sind es sogar nur noch knapp 100 Mill. DM.

Die Tatsache, daß das Werk trotz der Subventionskürzung in Rastatt gebaut wird, zeigt, daß ein wesentlicher Teil der Wirkungen solcher „Ansiedlungsprämien“ im Mitnahmeeffekt liegt. Es bleibt zu wünschen, daß die Kommission, die dem deutschen Steuerzahler viel Geld gespart hat, durch diesen Erfolg ermutigt wird und in Zukunft die offenen und verdeckten Subventionen in allen Ländern der Gemeinschaft einer schärferen Prüfung unterzieht. wei

EG-Agrarpolitik

Reformvorschläge der Kommission

Die EG-Kommission schlägt entschiedene Maßnahmen zur weiteren Eindämmung der Agrarausgaben vor. Ihrer Ansicht nach kommt bei diesen Ausgaben schärferen Kontrollen und einer größeren Disziplin eine Schlüsselrolle für einen ausgeglichenen Gemein-

schaftshaushalt zu. Zudem hat die britische Premierministerin auf dem letzten EG-Gipfeltreffen die britische Zustimmung zur EG-Finanzreform und Anhebung der Mittel u. a. von der Ausschöpfung der erheblichen Sparmöglichkeiten im Agrarsektor abhängig gemacht.

Nach den Kommissionsvorschlägen soll die partiell schon geltende Einschränkung des unbegrenzten Aufkaufs von Agrarprodukten zu garantierten Preisen auf weitere landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgedehnt werden. Die Kommission spricht in diesem Zusammenhang von „Stabilisatoren“. So soll z. B. die Obergrenze für die Getreideerzeugung künftig bei 155 Mill. t liegen, ab der die Intervention dann eingeschränkt wird. Damit die jährlichen Haushaltsansätze eingehalten werden, verlangt die Kommission stärkere Befugnisse bei der Verwaltung der Märkte, um im Falle ihres Überschreitens schnell und schlagkräftig reagieren zu können.

Die Kommissionsvorschläge stellen für den deutschen Landwirtschaftsminister einen „Horror katalog“ dar. Die vorgeschlagene Kompetenzerweiterung für die Kommission ist für ihn nicht akzeptabel. Diese Haltung ist letztlich nicht verwunderlich; denn die deutsche Position und die der Kommission sind konträr: Die von der Kommission u. a. im Grünbuch von 1985 geforderte Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen – und die jetzigen Vorschläge laufen in einem bescheidenen Maße darauf hinaus, dem Preis wieder eine stärkere Lenkungsfunction zukommen zu lassen – wird von deutscher Seite nicht akzeptiert. Vor diesem Hintergrund klingt das ordnungspolitische Bekenntnis der Bundesregierung zu mehr Marktwirtschaft hohl. kr

Autobahngebühren

Ein echtes Ärgernis

Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen zur Verringerung des hohen Haushaltsdefizits ist die belgische Regierung auf den glorreichen Gedanken verfallen, ab Januar 1988 eine Autobahngebühr einzuführen. Ausländische Autobahnbenutzer müssen dann eine jährliche Gebühr von umgerechnet 25 DM für Pkw und 50 DM für Lkw entrichten, nachweisbar durch eine Plakette an der Windschutzscheibe.

Diese Gebühr ist ein echtes Ärgernis und zudem eine kurzsichtige Maßnahme, bei der sich Belgien letztlich wohl ins eigene Fleisch schneidet. Die Einführung dieser neuen Einnahmequelle, über deren Volumen keine seriösen Schätzwerte vorliegen, würde die fiskalischen Harmonisierungsbestrebungen in der Gemeinschaft stören. Ärger dürfte es an den Gren-

zen geben, wo sich die Wartezeiten erhöhen. Selbst wenn die belgische Regierung dies in ihrer Kosten-Nutzen-Rechnung vernachlässigt, muß sie berücksichtigen, daß der Tourismus, insbesondere der Kurz- und Wochenendtourismus, leiden könnte und daß zusätzliche Belastungen durch Verkehrsverlagerungen auf die Landstraße (vermehrte Unfallzahl, erhöhte Lärmbelästigung etc.) anfallen werden. Länder wie die Bundesrepublik, die wichtiges Transitland ist, könnten Gegenmaßnahmen in Form eigener Gebühren ergreifen.

Während Österreich angesichts dieser Aspekte von der Einführung einer allgemeinen Autobahngebühr Abstand nahm, ist Belgien nicht bereit dazu. Das ist um so unverständlicher, als für Belgien hinzukommt, daß Brüssel als eine der Gemeinschaftszentralen um den Sitz als EG-Hauptstadt wirbt. Die einseitige Erhebung von Autobahngebühren ist diesen Bestrebungen sicherlich nicht dienlich. hk

US-Handelsgesetz

Belastung der GATT-Verhandlungen

Beide Häuser des amerikanischen Kongresses haben nunmehr, jeweils mit großer Mehrheit, einen Entwurf für ein neues Außenhandelsgesetz verabschiedet. Die voluminösen Regelwerke – zusammen sind es mehr als 1000 Seiten Text – enthalten bei allen Unterschieden im Detail im Kern die gleiche Botschaft: Das Weiße Haus soll in der Handelspolitik vor den Karren des Kapitols gespannt werden; es soll nicht mehr untätig – und blauäugig – zusehen dürfen, wie der amerikanische Markt von subventionierten ausländischen Waren überschwemmt wird, während einheimischen Firmen der Absatzerfolg im Ausland durch allerlei Schikanen vorenthalten bleibt. Beide Gesetzesvorhaben schreiben eine verschärfte Gangart gegenüber Ländern mit hohen bilateralen Exportüberschüssen und/oder vermeintlich unfairen Handelspraktiken vor. Gleichzeitig sind verbesserte Schutzmechanismen für wettbewerbsschwache, aber überlebensfähige Branchen und eine Verknüpfung der Schutzgewährung mit der Verpflichtung zu konkreten Revitalisierungsmaßnahmen vorgesehen.

Präsident Reagan hat die Volksvertreter sogleich wissen lassen, daß sie mit seinem Veto rechnen müssen, falls sie sich nicht noch im Vermittlungsverfahren zwischen Senat und Repräsentantenhaus auf eine weniger restriktive Fassung verständigen sollten. Er hat eindeutig die besseren Argumente auf seiner Seite: Die vorgesehenen Regelungen schaden dem amerikanischen

Verbraucher, sie fordern das Ausland zu Vergeltungsmaßnahmen heraus und belasten die GATT-Verhandlungen. Die Regierung muß sich jedoch vorhalten lassen, daß sie die katastrophale Außenhandelsentwicklung der letzten Jahre durch ihre Wirtschaftspolitik mitverursacht und so den protektionistischen Druck miterzeugt hat. Sie hat die Geister selbst gerufen, die sie nun nicht wieder los wird. ko

UNCTAD VII

Keine Fortschritte

Schon im Vorfeld der 7. Welthandels- und Entwicklungskonferenz waren Zweifel aufgetaucht, ob eine weitere Mammutkonferenz dieser Art angesichts der offenkundigen tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen westlichen Industrieländern, dem Ostblock und den Entwicklungsländern überhaupt den Aufwand rechtfertigt. Jetzt liegt ein von Kompromißformeln durchsetztes Schlußdokument vor, zu dem in der Abschlusssitzung bereits divergierende Interpretationen zu einzelnen Punkten gegeben wurden. Hinter der glatten Sprache internationaler Konferenzdiplomatie zeigt sich zudem, daß Fortschritte nicht erzielt worden sind.

Die Entwicklungsländer konnten ihre Absichten nicht durchsetzen; diese Staaten mußten es beispielsweise hinnehmen, daß die Forderung nach dem 0,7-%-Ziel abgeschwächt wurde. Die Industrieländer mußten feststellen, daß das Petikum an die Entwicklungsländer, ihr Haus durch marktwirtschaftliche Maßnahmen in Ordnung zu bringen, in zurückhaltenden Formulierungen seinen Niederschlag fand. Der Gemeinsame Fonds schien in greifbare Nähe gerückt, nachdem mit der Sowjetunion und Peru – werbewirksam während der Konferenz – nun genügend Staaten beigetreten sind und das erforderliche Kapital bereitsteht. Aber schon droht Großbritannien mit dem Austritt, und dies würde das Ende für den Fonds bedeuten. Die Aufgaben der UNCTAD und des Sekretariats – ein ebenfalls kontroverses Thema – sind weiterhin ungeklärt: Indem sich die UNCTAD als Sprachrohr der Entwicklungsländer profilierte, hat sie bei vielen Industrieländern an Kredit verlorren.

Zufrieden mit diesem Ergebnis können weder die Industrieländer noch die Entwicklungsländer sein. Unabweisbar wird es, eine konstruktive Antwort auf die Frage zu finden, wie künftig der Nord-Süd-Dialog so geführt werden kann, daß die drängenden weltwirtschaftlichen Probleme gelöst und die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer überwunden werden. mk